

Ressort: Politik

Paritätischer fordert Abschiebestopp für Flüchtlinge nach Afghanistan

Berlin, 23.01.2017, 13:13 Uhr

GDN - Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat Bund und Länder aufgefordert, in der gegenwärtigen Situation von Abschiebungen nach Afghanistan abzusehen. Afghanistan sei nach wie vor kein sicheres Land, vielmehr habe sich die Sicherheitslage dort nachweislich in den letzten Monaten drastisch verschlechtert, erklärte der Verband am Montag.

Die für diese Woche geplanten Abschiebungen seien "inhuman und grob fahrlässig". Der Paritätische unterstütze die Forderungen des schleswig-holsteinischen Innenministers Stefan Studt (SPD) nach einem vorübergehenden Abschiebestopp nach Afghanistan. Zu überprüfen sei inwiefern den Betroffenen in der aktuellen Lage subsidiärer Schutz zuerkannt werden kann. "Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade jetzt, wo sich die Situation in Afghanistan nachweislich drastisch verschlechtert hat, der faktische Abschiebestopp für Afghanistan aufgehoben und verstärkt dorthin abgeschoben werden soll", so Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Der Verband verweist auf den aktuellen Lagebericht des UNHCR vom vergangenen Dezember, in dem hervorgehoben werde, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan seit April 2016 deutlich verschlechtert habe. Allein im ersten Halbjahr 2016 wurden 1.601 zivile Tote und 3.565 verletzte Zivilpersonen dokumentiert. Die Zahl der durch bewaffnete Konflikte innerhalb Afghanistans Vertriebenen stieg um 530.000 Personen. Der UNHCR weise ausdrücklich darauf hin, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen ist und dass es nicht möglich sei, bestimmte Regionen als sichere und zumutbare Fluchtalternativen anzusehen. Schließlich führe die große Zahl der Rückkehrer aus Pakistan und dem Iran schon jetzt zu einer enormen Belastung der ohnehin strapazierten Aufnahmesituation. "Nicht die politische Stimmung in Deutschland, sondern allein die Sicherheitslage in Afghanistan darf darüber entscheiden, ob Abschiebungen nach Afghanistan möglich sind oder nicht. Und die vorliegenden Berichte sprechen hier eine eindeutige Sprache", so Rosenbrock.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-84293/paritaetischer-fordert-abschiebestopp-fuer-fluechtlinge-nach-afghanistan.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com